

STADT BIELEFELD

- Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss -
- Jugendhilfeausschuss -
- Schul- und Sportausschuss -
- Sozial- und Gesundheitsausschuss -

Sitzung

- Nr. 4/2020-2025
- Nr. 5/2020-2025
- Nr. 5/2020-2025
- Nr. 5/2020-2025

Niederschrift

über die gemeinsame Sondersitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses mit dem Jugendhilfeausschuss, dem Schul- und Sportausschuss und dem Sozial- und Gesundheitsausschuss

am 05.05.2021

Tagungsort: Großer Saal der Stadthalle Bielefeld
Beginn: 16:00 Uhr
Sitzungsunterbrechung: 17:25 Uhr bis 17:35 Uhr
Ende: 18:10 Uhr

Anwesend

Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss:

Herr Oberbürgermeister Clausen Ausschussvorsitzender

CDU

Herr Copertino
Herr Kuhlmann
Frau Orłowski
Herr Bürgermeister Rüter
Herr Werner

SPD

Frau Gorsler
Herr Klaus
Herr Nockemann
Frau Weißfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Brockerhoff
Herr Hood
Frau Bürgermeisterin Osei
Herr Rees

FDP

Herr Schliffler

Die Linke

Herr Vollmer

AfD

Herr Sander

Die Partei

Frau Oberbäumer

BIG

Herr Elias

beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 und 8 GO NRW

Bürgernähe

Frau Rammert

beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 und 8 GO NRW

LiB

Herr Gugat

beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 und 8 GO NRW

Jugendhilfeausschuss:

CDU

Herr Langeworth

Frau Orłowski

SPD

Frau Weißenfeld

Ausschussvorsitzende

Frau Wend

Bündnis 90/Die Grünen

Finn Bucken

FDP

Herr Knauf

Beratende Mitglieder

Frau Dr. Ait Allali

Herr Epp

Frau Hoffmann

Herr Lüttich

Herr Beigeordneter Nürnberger

Frau Stillger

Frau Szacknys-Kurhofer

Herr Wittler

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Hanke

Frau Pidlyy

Frau Schüler

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Frau Hopster

Herr Korbmacher

Herr Müller

Frau Puffer

Herr Rotter

Frau Wollenberg

Gäste:

Frau Schlegel

DRK

Schul- und Sportausschuss:

CDU

Herr Copertino

Herr Kuhlmann

Frau Orłowski

Herr Bürgermeister Rütter

Ausschussvorsitzender

Herr Werner

SPD

Frau Gorsler
Herr Nockemann
Herr Suchla
Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Brockerhoff
Herr Hood
Frau Bürgermeisterin Osei
Herr Rees

FDP

Herr Schlifter

Die Linke

Frau Taeubig

AfD

Frau Ostwald

Die Partei

Herr Schwarz

BIG

Herr Elias

Bürgernähe

Frau Rammert

Beratende Mitglieder

Herr Menzhausen
Frau Mühlpfordt
Herr Schraub
Herr Schulze

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Vollmer bis 17.30 Uhr

Sozial- und Gesundheitsausschuss:

CDU

Herr Copertino
Herr Kuhlmann
Frau Orłowski
Herr Bürgermeister Rüter ab 17:25 Uhr
Herr Weber bis 17:25 Uhr
Herr Werner

SPD

Frau Gorsler Ausschussvorsitzende
Herr Klaus
Herr Nockemann
Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Brockerhoff
Herr Hood
Frau Bürgermeisterin Osei
Herr Rees

FDP

Herr Knauf

Die Linke

Frau Beier

AfD

Herr Sander

Die Partei

Frau Oberbäumer

Bürgernähe

Frau Rammert

LiB

Herr Gugat

Seniorenrat

Frau Haas-Olbricht

Verwaltung:

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus

Dezernat 2

Herr Beigeordneter Nürnberger

Dezernat 5

Frau Krumme

Büro des Oberbürgermeisters und des Rates

Herr Steinmeier

Presseamt/Statistikstelle

Herr Leesemann

Stadt Bielefeld - Stab Dezernat 5

Herr Wörmann

Stadt Bielefeld – Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Frau Warneke

Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -

Herr Seifert

Amt für Schule

Frau Mülöt

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt

Schriftführung:

Frau Grewel

Büro des Oberbürgermeisters und des Rates

Gäste:

Bürgerinnen und Bürger

Pressevertreter

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (JHA), des Schul- und Sportausschusses (SchA), des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) und des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses (HWBA) zur gemeinsamen Sondersitzung. Er erinnert an die Einhaltung der AHA-Regeln und bittet angesichts der Teilnehmerzahl um sichtbar deutliche Wortmeldungen. In Absprache mit den anderen Ausschussvorsitzenden, Frau Weißenfeld für den JHA, Herrn Bürgermeister Rüter für den SchA und Frau Gorsler für den SGA werde er die Sitzungsleitung übernehmen. Für den HWBA stellt er sodann die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Sodann stellen Frau Weißenfeld, Frau Gorsler und Herr Bürgermeister Rüter die fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit ihrer Gremien fest. Zur Sitzung erläutert Herr Oberbürgermeister Clausen, dass der Rat in seiner Sitzung am 22.04.2021 die damaligen Tagesordnungspunkte 6.1, 6.1.1, 6.1.2, 6.1.3 und 6.1.3.1 an die jeweiligen Fachausschüsse und den HWBA verwiesen habe. Da zwischenzeitlich auch noch Änderungsanträge für einzelne Gremien vorlägen, sei die fachliche Zuordnung jeweils zu einem Gremium schwierig. Er empfehle daher, alle Tagesordnungspunkte unter einem TOP zu beraten, dann in den Fachausschüssen die empfehlenden Beschlüsse und letztlich im HWBA die finalen Beschlüsse zu fassen.

Die Mitglieder aller Gremien stimmen dem Verfahrensvorschlag zu.

--

Herr Oberbürgermeister Clausen berichtet, dass im Ältestenrat für die heutige Sondersitzung in Anlehnung an § 14 der Geschäftsordnung des Rates die Beratung unter Berücksichtigung der für Fraktionen, Gruppen und Einzelvertreter/-innen geltenden Redezeiten diskutiert worden sei. Er schlägt daher folgenden Geschäftsordnungsantrag vor:

*Die in § 14 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Rates festgelegten Redezeiten für Fraktionen, Gruppen und Einzelvertreter*innen finden in der heutigen gemeinsamen Sondersitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses, des Jugendhilfeausschusses, des Schul- und Sportausschusses und des Sozial- und Gesundheitsausschusses Anwendung.*

Dazu sei von jedem Ausschuss eine Beschlussfassung zur Geschäftsordnung erforderlich. Grundsätzlich empfehle er, zunächst die Fachausschüsse und als letztes Gremium den HWBA beschließen zu lassen. Zunächst fragt Herr Oberbürgermeister Clausen nach Wortmeldungen zu diesem Geschäftsordnungsantrag.

Herr Gugat (LiB) fasst zusammen, dass die Verweisung der Anträge in eine gemeinsame Sondersitzung, deren Teilnehmerzahl die Ratssitzungen überschreite, unter Deckelung durch Redezeiten keine demokratische Diskussion zu fachlichen Aspekten zulasse. Er plädiere dafür, diesen Geschäftsordnungsantrag nicht zu beschließen, damit allen Beteiligten ausreichend Redezeit für eine fachliche Diskussion ermöglicht werde. Sollte dennoch so beschlossen werden, gebe er zu Protokoll, keine aus-

reichende Redezeit zur Verfügung zu haben.

Frau Oberbäumer (Die PARTEI) schließt sich den Ausführungen von Herrn Gugat an.

Ohne weitere Wortmeldungen erfolgt die Abstimmung der Gremien zum Geschäftsordnungsantrag.

Beschluss:

Die in § 14 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Rates festgelegten Redezeiten für Fraktionen, Gruppen und Einzelvertreter/-innen finden in der heutigen gemeinsamen Sondersitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses, des Jugendhilfeausschusses, des Schul- und Sportausschusses und des Sozial- und Gesundheitsausschusses Anwendung.

- **Abstimmung des JHA:** - einstimmig beschlossen
- **Abstimmung des SchA:** - mehrheitlich beschlossen
- **Abstimmung des SGA:** - mehrheitlich beschlossen
- **Abstimmung des HWBA:** - mehrheitlich beschlossen

-.-.-

Herr Oberbürgermeister Clausen informiert, dass eine Sachstandsmitteilung zu Schnelltestungen und zur Altersstruktur der Corona-Infektionen sowie aus aktuellem Anlass eine Mitteilung zur Korrektur von Impfpässen zur Kenntnisnahme in das Ratsinformationssystem eingestellt wurden.

Darüber hinaus seien nach Versand der Einladungen noch folgende Änderungsanträge gestellt worden:

- von Herrn Gugat (LiB) zur zielgerichteten Informationskampagne der Pandemiebekämpfung für den SGA als Drs. 1421/2020-2025 und für den HWBA als Drs. 1420/2020-2025
- von der CDU-Fraktion als Drs. 1451/2020-2025 für den SGA: Änderung der Ziffer 3 des Koalitionsantrages Drs. 1354/2020-2025
- von der CDU-Fraktion als Drs. 1450/2020-2025 für den SGA zum FDP-Antrag Drs. 1358/2020-2025
- von Die PARTEI zu Drs. 1354/2020-2025
 - für den SchA als Drs. 1483/2020-2025
 - für den SGA als Drs. 1489/2020-2025
 - für den HWBA als Drs. 1494/2020-2025
- von Die PARTEI zu Drs. 1358/2020-2025
 - für den SchA als Drs. 1485/2020-2025
 - für den SGA als Drs. 1488/2020-2025
 - für den HWBA als Drs. 1493/2020-2025
- von Die PARTEI zu Drs. 1324/2020-2025 im SchA als Drs. 1509/2020-2025
- Antrag des Jugendamtseaternbeirates (JAEB) für den JHA als Drs. 1490/2020-2025
- Gemeinsamer Antrag von CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, Die Linke und LiB als Drs. 1497/2020-2025 im SGA

Frau Rammert (Bürgernähe) merkt an, dass auch die Bürgernähe dem

gemeinsamen Antrag Drs. 1497/2020-2025 beigetreten sei.

Herr Knauf (FDP) stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung der beiden Änderungsanträge von Die PARTEI zur Drucksache 1354/2020-2025 und zur Drucksache 1358/2020-2025. In dieser Pandemie seien Menschen in ihrer Gesundheit und ihrem Leben bedroht; diese Tatsache ins Lächerliche zu ziehen sollte nicht das Diskussionsniveau der Gremien sein. Für eine sachgerechte Diskussion erwarte er inhaltlich fundierte Anträge.

Frau Oberbäumer (Die PARTEI) sieht zwar satirische Aspekte in den Anträgen, möchte aber beide Anträge beibehalten. Besonders der Antrag zu Drs. 1358/2020-2025 sei von Bedeutung, da aus ihrer Sicht der FDP-Antrag von falschen Voraussetzungen ausgehe.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet die Ausschussvorsitzenden um die Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag von Herrn Knauf.

Beschluss:

Dem Geschäftsordnungsantrag der FDP auf Nichtbefassung der Änderungsanträge von Die PARTEI zu den Drs. 1354/2020-2025 und Drs. 1358/2020-2025 wird zugestimmt.

- **Abstimmung des JHA:** - einstimmig beschlossen
- **Abstimmung des SchA:** - mehrheitlich beschlossen
- **Abstimmung des HWBA:** - mehrheitlich beschlossen

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt fest, dass die Gremien für eine Nichtbefassung der beiden Änderungsanträge von Die PARTEI gestimmt haben. Er fragt, ob die Anwesenden mit den verabredeten und beschlossenen Änderungen der verschiedenen Tagesordnungen einverstanden seien.

Die Mitglieder aller Gremien signalisieren ihr Einverständnis.

Zu Punkt 1

Strategie aus dem Dauerlockdown – Bielefeld wird Modellstadt für #NoCovid
(Antrag von Herrn Gugat [LiB] vom 20.04.2021)

Beratungsgrundlagen:

Drucksache: 1324/2020-2025

Drucksache: 1509/2020-2025 (Änderungsantrag Die PARTEI im SchSpA)

**Darstellung der Inzidenzzahlen nach Alterskohorten
(Antrag von Frau Rammert [Bürgernähe] vom 22.04.2021)**

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 1351/2020-2025

**Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
Die Linke zu TOP 6.1 vom 22.04.2021**

Beratungsgrundlagen:

Drucksache: 1354/2020-2025

Drucksache: 1490/2020-2025 (JAEB im JHA am 05.05.2021)

Drucksache: 1451/2020-2025 (Änderungsantrag CDU im SGA)

Änderungsantrag der FDP zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90 und Die Linke zu TOP 6.1

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1360/2020-2025

Antrag der FDP-Fraktion zu TOP 6.1 - Zielgerichtete Informationskampagne zur Pandemiebekämpfung

Beratungsgrundlagen:

Drucksache: 1358/2020-2025

Drucksache: 1420/2020-2025 (Änderungsantrag LiB im HWBA)

Drucksache: 1421/2020-2025 (Änderungsantrag LiB im SGA)

Drucksache: 1450/2020-2025 (Änderungsantrag CDU SGA)

Drucksache: 1480/2020-2025 (Änderungsantrag CDU SGA)

Drucksache: 1497/2020-2025 (gemeinsamer Antrag von CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, Die Linke, BN und LiB)

Herr Copertino (CDU) fasst die gemeinsamen Ziele der Anwesenden zusammen: Der Kampf gegen die Pandemie, das Vorantreiben des Impffortschrittes und die Durchführung so vieler Testungen wie möglich.

Zu den einzelnen Anträgen nimmt er für die CDU-Fraktion wie folgt Stellung:

- Der Antrag der LiB (Drs. 1324/2020-2025) führe zu weiterer Arbeitsüberlastung der Verwaltung mit entsprechend negativen Folgen. Daher werde die CDU-Fraktion diesen Antrag ablehnen.
- Dem Antrag der Koalition (Drs. 1354/2020-2025) werde die CDU-Fraktion nur in den Punkten 1-3 und 5 zustimmen. Punkt 4 suggeriere eine Priorisierung und Besserstellung der städtischen Mitarbeiter*innen. Dies sei ein falsches Signal für die Bevölkerung. Bei Punkt 6 fehle die Konkretisierung des betroffenen Personenkreises. Punkt 7 enthalte eine nicht hinterlegte Kritik an Bund und Land. Diese Wertung sei nicht nachvollziehbar.
Vor diesem Hintergrund beantragt Herr Copertino die getrennte Abstimmung aller Punkte dieses Antrags.
- Im Antrag der FDP-Fraktion (Drs. 1360/2020-2025) sei lediglich der erste Satz unter Punkt 1 zustimmungsfähig. Ein Bericht in jeder Sit-

zung des Finanz- und Personalausschusses halte er für unnötig. Die Punkte 2 und 3 seien aus Sicht der CDU-Fraktion nicht abstimmungsfähig.

- Der Antrag der FDP-Fraktion zum Thema „Informationskampagne“ (Drs. 1358/2020-2025) sei in dem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Linke, LiB und BN vom 05.05.2021 eingeflossen und habe sich somit nach Einschätzung von Herrn Copertino erledigt.

Frau Brockerhoff (Bündnis90/Die Grünen) betont, dass nun die Zeit des Handelns gekommen sei. Man benötige jetzt eine Lösung für alle Bielefelderinnen und Bielefelder, vor allem für die Kinder und Jugendlichen, und es gäbe keine Zeit mehr für das Erstellen einer neuen Strategie. Das Ziel müsse die sichere Wiedereröffnung von Schulen und Kitas sein. Man müsse die Sorgen der Kinder und Jugendlichen ernst nehmen und diesen entgegenkommen, gleichzeitig müssten die Eltern entlastet werden. Mit dem Antrag der Koalition wolle man die Kinder und Jugendlichen in den Fokus rücken. Das Homeoffice solle dazu dienen, Kontakte zu minimieren, was ein wichtiger Faktor sei. Die Unterstützung der städtischen Mitarbeiter*innen sei keine Bevorzugung im Vergleich zu anderen Mitarbeiter*innen, es solle vielmehr als Vorbild dienen. Sie führt aus, dass man vor Ort bei den Menschen sein solle, mit Informationen, Testungen und Impfungen. Ihre Fraktion unterstütze die Einführung von Lolli-Tests in allen Kitas. Ebenfalls befürworte sie den Antrag der Bürgernähe.

Herr Klaus (SPD) weist darauf hin, dass die aktuellen Inzidenzzahlen keine Schulöffnungen zuließen. Er halte die Durchführung einer Impfkampagne in stark belasteten Stadtteilen für sehr wichtig. Satire, wie sie in den Anträgen der Ratsgruppe „Die PARTEI“ zu finden sei, erachte er in Zusammenhang mit der Pandemie für unangebracht.

Frau Wend (SPD) nimmt Bezug auf den Änderungsantrag des Jugendamtselternbeirates zu TOP 3. Die Demonstration vor der Stadthalle habe gezeigt, dass es sich um ein wichtiges Thema handle. Ein Nasenabstrich bei Kindern sei keine kindgerechte Testmethode. Sie unterstütze daher den Änderungsantrag. Die Betreuungszahlen in den Kitas seien derzeit nicht niedrig. Um das Infektionsgeschehen zu kontrollieren und Infektionen aufzudecken, sei es daher notwendig, dass mehr Familien mitmachen. Da dies jedoch abhängig von der Verfügbarkeit der Tests und den Laborkapazitäten sei, schlägt sie vor, nicht explizit 20 Kitas, sondern ungefähr 20 Kitas mit Lolli-Tests im Rahmen des Modellversuchs auszustatten. So würden keine Versprechungen gemacht, die aufgrund von nicht beeinflussbaren Variablen eventuell nicht gehalten werden könnten.

Frau Oberbäumer (Die PARTEI) erläutert, dass ihre Ratsgruppe zum einen aufgrund der zeitlichen Komponente und zum anderen aufgrund der Sprache und des Wordings nicht dem gemeinsamen Antrag zustimmen könne. Die Sprache moniere sie auch beim Antrag der FDP, daher habe ihre Gruppe einen Änderungsantrag zum FDP-Antrag gestellt. Die Anträge würden Menschen mit Migrationshintergrund unterstellen, dass diese nicht die Wichtigkeit der Schutzmaßnahmen verstünden. Dies wäre ihrer Meinung nach nicht der Fall. Bielefeld sei eine bunte und vielfältige Stadt. Es solle daher selbstverständlich sein, dass alle Informationen mehrsprachig und leicht zugänglich zur Verfügung stünden. Der Antrag

der FDP sei in der gestellten Weise rassistisch und die rassistischen Strukturen in der Gesellschaft würden so unterstützt. Menschen mit Migrationshintergrund würden als Pandemietreiber dargestellt und Einzelberichte aus den Krankenhäusern und der Presse würden einfach für Bielefeld hochgerechnet. Richtig sei aber, dass der Arbeitsplatz ein Ansteckungsherd sei. Daher müsse man die Unternehmen mit einbeziehen und die Arbeitsbedingungen kontrollieren. Im Antrag der Koalition würde sie den Inhalt vermissen. Sie stellt noch einmal klar, dass ihre Gruppe keine verstorbenen Menschen verhöhnen würde. Für den gemeinsamen Änderungsantrag stellt sie folgenden Änderungsantrag:

Der gemeinsame Antrag wird um einen weiteren Punkt ergänzt:

„Die Stadt Bielefeld bekennt sich dazu, eine vielfältige und bunte Stadt zu sein, so dass es für die Stadt Bielefeld selbstverständlich ist, mehrsprachig und leicht zugänglich Informationen zu allen wichtigen Themen zur Verfügung zu stellen.“

Herr Schlifter (FDP) begrüßt die Anregungen und unterstützt den Antrag bezüglich des Impfmobils.

Er erklärt den Antrag seiner Fraktion damit, dass dort, wo ein besonders hohes Infektionsgeschehen vorläge, besondere Maßnahmen getroffen werden müssten. Den Vorwurf des Rassismus weise er entschieden zurück, dafür gäbe es auch keine Anhaltspunkte.

Zu den einzelnen Anträgen nimmt er wie folgt Stellung:

- Antrag LiB: Der Antrag bestehe aus zwei Teilen. Dem Teil bezüglich der Testungen und des zeitlichen Ablaufs könne seine Fraktion zustimmen. Da sie dem zweiten Teil, welcher aus Einschränkungen bestünde, nicht zustimmen könne, werde sie den Antrag ablehnen.
- Antrag der Koalition: Der Antrag sei gut formuliert und grundsätzlich könne seine Fraktion ihm zustimmen, allerdings beantrage er die folgenden Konkretisierungen:
 - o Punkt 1: Man solle nicht nur Appelle aussprechen, sondern auch mit Beispielen vorgehen. Er bittet darum, dass das Wort „jeder“ durch „einer“ im Änderungsantrag getauscht werde.
 - o Punkt 2: Die Schulen müssten sicher sein. Ein Baustein hierfür wäre die Einrichtung von Luftfiltern, auch wenn dieser Punkt schon einmal im SchSpA abgelehnt worden sei. Der Hauptausschuss könne mit seinem Votum aber eine Prüfung der Luftfilter veranlassen.
 - o Punkt 3: Dies sei eine appellative Änderung. Es sei im Interesse der Eltern, dass zuverlässig unter Aufsicht in den Schulen getestet würde. Man solle sich als Politik zu den Tests bekennen.
- Antrag vom Jugendamtseaternbeirat: Dies sei ein sinnvoller Antrag, er bitte aber Herrn Beigeordneten Nürnberger zu diesem Antrag Stellung zu nehmen, bezüglich Umsetzbarkeit etc.
- Gemeinsamen Antrag: Er begrüße den gemeinsamen Antrag.

Herr Langeworth (CDU) nimmt Bezug auf den Änderungsantrag des JAEB zu TOP 3. Er fragt an, wie realistisch die Umsetzung insbesondere im Hinblick auf die Verfügbarkeit der Tests für 20 Kitas sei und wie hoch hierfür die Kosten wären.

Herr Sander (AfD) kritisiert, dass über essentielle Probleme der durch die Pandemie betroffenen Menschen häufig zu abstrakt diskutiert werde. Den beschlossenen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung fehle es seiner Meinung nach an Wissenschaftlichkeit. Statt auf Inzidenzwerte zu schauen, sollten die schwere Verläufe und Risikogruppen im Fokus stehen, um daraus eine Gefahrenanalyse zu erstellen. Er spreche sich gegen ein Impfmobil aus, da eine Impfung die freie Entscheidung eines jeden Menschen bleiben müsse.

Finn Bucken (Bündnis 90/Die Grünen) stellt für seine Fraktion in Absprache mit den Fraktionen SPD und Die Linke einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag des Jugendamtselternbeirates. Es sollen nicht exakt 20 Kitas mit den Tests versorgt werden, sondern so viele Kitas, wie mit den vorhandenen Testkapazitäten möglich seien. Dabei sollen prioritär die Lolli-Tests verwendet werden, welche nach wissenschaftlichen Maßstäben die besten Ergebnisse brächten und zeitgleich am Markt verfügbar seien.

Herr Beigeordneter Nürnberger gibt an, dass er keine verlässliche Angabe zur Verfügbarkeit der Lolli-Tests machen könne, da es derzeit eine hohe Nachfrage gebe. Über lokale Anbieter gebe es aber Möglichkeiten, an eine Charge zu kommen. Die Größe der Charge sei aber noch ungewiss. Bzgl. der Logistik gibt Herr Beigeordneter Nürnberger an, dass die Verteilung bei ca. 210 Kitas sehr anspruchsvoll, aber z. B. mit Hilfe von Paketdiensten möglich sei. Bei der letzten Verteilung seien große Personalressourcen der Verwaltung erforderlich gewesen. Daher müsste dieses Mal professionelle Unterstützung eingekauft werden. Das Land habe angeboten, die Kommunen mit 3,75 € pro Test zu bezuschussen, wenn diese die Test-Lieferungen ab der Kalenderwoche 20/21 selbst übernehmen würden. Sollten alle Kinder in den Kitas und bei den Kindertagespflegpersonen bis zum Ende des Kita-Jahres am 31.07.2021 Tests erhalten, würden Kosten für die Stadt Bielefeld in Höhe von ca. 1,2 Millionen Euro entstehen. Hinzu kämen noch die Kosten für die Logistik. Herr Beigeordneter Nürnberger weist darauf hin, dass PCR-Tests Laborkapazitäten in Anspruch nehmen würden. Zudem liegen die Ergebnisse erst am Abend vor. Sollte der Test eines Kindes positiv sein, wären die Kinder bereits den ganzen Tag zusammen gewesen und müssten trotzdem alle 14 Tage in Quarantäne. Dadurch habe man zwar die Infektion entdeckt, aber keinen Vorteil für die Kinder erreicht. Zudem merkt er an, dass die meisten Schnelltests relativ sicher seien. Ihr Nachteil sei, dass teilweise Tests fälschlicherweise positiv seien. Des Weiteren gibt Herr Beigeordneter Nürnberger an, dass das Land darauf hingewiesen habe, dass es sich intensiv darum bemühe, zeitnah kindgerechte Tests zu beschaffen.

Herr Langeworth (CDU) fragt nach den konkreten Kosten für die beantragten ca. 20 Kitas und wie die Landeszuschüsse mit diesen Kosten verrechnet werden könnten. Darüber hinaus bittet er um eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Herr Beigeordneter Nürnberger berichtet, dass, wenn man das Landesangebot annehmen würde, auf die komplette Landeslieferung verzichtet werden müsste. Dementsprechend würden für alle Kitas 1,2 Millionen € entstehen, da die Lolli-Tests zwischen 5,50 und 6,00 € kosten und man vom Land lediglich 3,75 € pro Test erhalten würde. Für 20 Kitas würden ca. 120.000 € benötigt werden.

Herr Gugat (LiB) betont, Bielefeld brauche eine Niedriginzidenzstrategie, wie vom RKI vorgeschlagen, mit dem Ziel von Öffnungen. Bislang habe Bielefeld lediglich operative Maßnahmen beschlossen. Diese reichten nicht aus, um aus dem Dauerlockdown heraus zu kommen.

Herr Schwarz (Die PARTEI) merkt an, dass man den Antrag der Koalition mit Inhalt füllen müsse. Seine Ratsgruppe sei grundsätzlich für das schnelle Erreichen der Impfquote von 60 % und mehr. Sie würde sich auch nicht vor der Wissenschaft verschließen, sondern diese fördern. Daher würde sie den Antrag der LiB begrüßen. Seine Ratsgruppe sei aber nicht vollends überzeugt bezüglich der Grenzziehung und der Inzidenzbereiche im Antrag. Kreis- oder Stadtgrenzen wären zu klein gedacht. Für die überregionale Umsetzung sei der LWL der geeignete Ansprechpartner.

Daher stellt er folgenden Änderungsantrag zum Antrag der LiB:

„Die Stadt Bielefeld erstellt unter interdisziplinärer wissenschaftlicher Begleitung der Universität Bielefeld ein Konzept für ein regionales Modellprojekt, welches auch die sogenannte No-Covid-Strategie in Betracht zieht. Die Stadt Bielefeld wird dieses Konzept, nach Vorlage im SGA bzw. Rat, beim Land NRW einreichen, um eine Ausnahmegenehmigung zu erwirken.“

Frau Schüler (beratendes Mitglied des JAEB im JHA) berichtet, dass der Jugendamtselternbeirat bereits vor vier bis fünf Wochen einen Brief an die Verwaltung und an die Fraktionen/Gruppen versendet habe mit der Empfehlung, die Kinder mit PCR-Lolli-Tests zu testen. Grund hierfür sei, dass PCR-Tests früher anschlagen und seltener falsch positiv anzeigen würden. Ebenso seien die Lolli-Tests bei den Kindern leichter anzuwenden und somit sei auch das Ergebnis sicherer. Die Kinder, die derzeit in die Kitas gingen, hätten das Recht auf ein geschütztes Umfeld. Daher schlage der Jugendamtselternbeirat ein Modellprojekt vor, um Erfahrungen zu sammeln, wie die Kinder, Beschäftigte und Eltern mit den Tests umgingen.

Herr Korbmacher (Vertretung der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände im JHA) stellt die Umsetzung der Lolli-Testungen in Frage. Er berichtet, dass die Lolli-Tests durch die Erzieher*innen durchgeführt werden müssen und dies eine zusätzliche Belastung für diese sei. Ebenso müssen für die PCR-Tests genügend Laborkapazitäten vorhanden sein. Dies würde ggf. auch den Zeitlauf verlängern, da teilweise die Testergebnisse erst nach drei Tagen vorliegen würden. Darüber hinaus sei die Sicherheit der Selbsttests deutlich gestiegen. Ein falsches positives Testergebnis sei zwar für den Einzelnen unangenehm, aber würde insgesamt eine höhere Sicherheit bieten.

Finn Bucken (Bündnis90/Die Grünen) gibt an, dass die PCR-Tests schon positiv anschlagen, bevor man jemanden anstecken könne. Dementsprechend müsste, sollte das Testergebnis am Abend bereits vorliegen, nicht die gesamte Kita-Gruppe in Quarantäne.

Frau Hoffmann (beratendes Mitglied der evangelischen Kirche im JHA) fragt an, wie die Lolli-Tests in den Kitas durchgeführt werden sollen und wie mit einem positiven Testergebnis umgegangen werde. Sie sehe es als zusätzliche Belastung für die Mitarbeiter*innen, da unter anderem

eine Schulung für diese durchgeführt werden müsse. Insgesamt begrüße sie die Lolli-Tests, da diese eine höhere Sicherheit für die Kinder bieten würden.

Herr Oberbürgermeister Clausen gibt an, dass die Fragen nach der Umsetzung der Testungen in den Kitas ohne vorliegendes Konzept noch nicht beantwortet werden könne.

Daraufhin unterbricht er auf Antrag von Herrn Langeworth die Sitzung.

-.-.-

Sitzungsunterbrechung von 17.25 Uhr bis 17.35 Uhr

-.-.-

Herr Oberbürgermeister Clausen erklärt, nach den Beratungen in der Sitzungspause nun alle Anträge in den Gremien und final im HWBA zur Abstimmung zu stellen. Zu dem Antrag des Jugendamtselternbeirates werde es vor der Abstimmung noch eine Änderung der Koalition geben.

Herr Rüter bittet die Mitglieder des Schul- und Sportausschusses um die Abstimmung zu der Drs. 1509/2020-2025 (Änderungsantrag Die PARTEI vom 05.05.2021 im SchA), der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Stadt Bielefeld erstellt unter interdisziplinärer wissenschaftlicher Begleitung der Universität Bielefeld ein Konzept für ein regionales Modellprojekt, welches auch die sogenannte No-Covid-Strategie in Betracht zieht. Die Stadt Bielefeld wird dieses Konzept, nach Vorlage im SGA bzw. Rat, beim Land NRW einreichen, um eine Ausnahmegenehmigung zu erwirken.

- bei 2 Zustimmungen ohne Enthaltung mit großer Mehrheit abgelehnt

-.-.-

Im Anschluss erfolgt die Beschlussfassung aller Gremien zur Drucksache 1324/2020-2025.

Beschluss:

Die Stadt Bielefeld erstellt unter interdisziplinärer wissenschaftlicher Begleitung der Universität Bielefeld ein Konzept für ein regionales Modellprojekt, welches an die sogenannte No-Covid-Strategie angelehnt ist. Die Stadt Bielefeld wird dieses Konzept beim Land NRW einreichen, um eine Ausnahmegenehmigung zu erwirken.

Bestandteile des Konzepts sollen sein:

- Eine Senkung des Infektionsgeschehens auf Werte von diversen Parametern (7-Tage-Inzidenz-Wert, R-Wert, Positiv-Testraten, etc.), die garantiert eine zuverlässige Kontaktnachverfolgung durch das Gesundheitsamt ermöglichen.
- Eine an das Konzept angepasste Test-Strategie unter besonderer Berücksichtigung der aus verschiedenen Gründen einpendelnden

Menschen in die Stadt

- Eine verlässliche Strategie für Öffnungen von Kultur, Handel und Gastronomie**
- Eine verlässliche Strategie für schnelle, harte und kurze Lock down-Maßnahmen, wenn sich die oben genannten Parameter signifikant verschlechtern**

- **Abstimmung des JHA:** - bei zahlreichen Enthaltungen abgelehnt
- **Abstimmung des SchA:** - bei zwei Enthaltungen abgelehnt
- **Abstimmung des SGA:** - bei zwei Enthaltungen abgelehnt
- **Abstimmung des HWBA:** - bei einer Enthaltung abgelehnt

-.-.-

Sodann erfolgt die Beschlussfassung zur Drucksache 1351/2020-2025 (Antrag der Bürgernähe vom 22.04.2021).

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt künftig unter <https://www.bielefeld.de/corona> die Inzidenzzahlen zusätzlich nach Alterskohorten darzustellen.

- **Abstimmung des JHA:** - einstimmig beschlossen
- **Abstimmung des SchA:** - einstimmig beschlossen
- **Abstimmung des SGA:** - einstimmig beschlossen
- **Abstimmung des HWBA:** - einstimmig beschlossen

-.-.-

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet Frau Wend um die Formulierung eines endgültigen Änderungstextes zum Änderungsantrag des Jugendamtselternbeirats.

Frau Wend berichtet, dass die Koalition sich mit CDU und FDP auf einen gemeinsamen Änderungsantrag verständigt habe und formuliert den Beschlusstext wie folgt:

Text des Änderungsantrages:

Langfristig stellt die Stadt bei möglichen Öffnungsszenarien vor allem Kinder und Jugendliche und deren Bedürfnisse und das Recht auf Bildung in den Mittelpunkt – dazu gehören auch die Unterstützung von Schulen und Kitas bei der Organisation und Durchführung von Testungen.

Die Stadt Bielefeld richtet zum schnellstmöglichen Zeitpunkt einen Modellversuch (zweimal pro Woche) an circa 20 Bielefelder Kitas ein. Die Verwaltung wird beauftragt in Abstimmung mit den teilnehmenden Kitas zu entscheiden, ob ein PCR- oder ein PoC-Lolli-Test verwendet werden soll. Die Kitas werden nach den Kriterien hohe Teilnahmebereitschaft der Eltern, hohe Betreuungsquote in der bedarfsgerechten Notbetreuung und Lage in den Stadtteilen mit hohen Inzidenzen ausgewählt. Die Verwaltung wird beauftragt im nächsten Jugendhilfeausschuss über den Stand des Projekts zu berichten.

Auf Nachfrage von Herrn Oberbürgermeister Clausen signalisiert Frau Schüler die Zustimmung des Jugendamtselternbeirates zum geänderten Antragstext.

Beschluss:

Langfristig stellt die Stadt bei möglichen Öffnungsszenarien vor allem Kinder und Jugendliche und deren Bedürfnisse und das Recht auf Bildung in den Mittelpunkt – dazu gehören auch die Unterstützung von Schulen und Kitas bei der Organisation und Durchführung von Testungen. Die Stadt Bielefeld richtet zum schnellstmöglichen Zeitpunkt einen Modellversuch (zweimal pro Woche) an circa 20 Bielefelder Kitas ein. Die Verwaltung wird beauftragt in Abstimmung mit den teilnehmenden Kitas zu entscheiden, ob ein PCR- oder ein PoC-Lolli-Test verwendet werden soll. Die Kitas werden nach den Kriterien hohe Teilnahmebereitschaft der Eltern, hohe Betreuungsquote in der bedarfsgerechten Notbetreuung und Lage in den Stadtteilen mit hohen Inzidenzen ausgewählt. Die Verwaltung wird beauftragt im nächsten Jugendhilfeausschuss über den Stand des Projekts zu berichten.

- **Abstimmung des JHA:** - mit Enthaltungen einstimmig beschlossen
- **Abstimmung des HWBA:** - mehrheitlich beschlossen

-.-.-

Sodann erfolgt die Abstimmung des FDP Änderungsantrages Drs. 1360/2020-2025 in getrennter Abstimmung einzelner Punkte. Herr Schliffler (FDP) erklärt, dass der Beschlusstext zu einem neuen Punkt 2 eine Berichterstattung der Verwaltung in „**einer**“ Sitzung des Finanz- und Personalausschusses lauten solle.

Beschluss:

Als neuer Punkt 2 der Drucksache 1354/2020-2025 wird eingefügt:

Die Verwaltung setzt überall wo dies vom Tätigkeitsbereich möglich ist, konsequent Homeoffice um. Über die Inanspruchnahme („Homeofficequote“) wird in einer Sitzung des Finanz- und Personalausschusses berichtet. Die Verwaltung entwickelt beispielgebende Verfahren und Homeoffice-Umsetzungen, um deutlich höhere Anteile von Beschäftigten im Homeoffice zu beschäftigen als derzeit.

- **Abstimmung des JHA:** - einstimmig beschlossen
- **Abstimmung des SchA:** - mit großer Mehrheit beschlossen
- **Abstimmung des SGA:** - mit großer Mehrheit beschlossen
- **Abstimmung des HWBA:** - mit großer Mehrheit beschlossen

-.-.-

Beschluss:

Punkt 5 der Drucksache 1354/2020-2025 wird wie folgt ergänzt:

Langfristig stellt die Stadt bei möglichen Öffnungsszenarien vor allem Kinder und Jugendliche und deren Bedürfnisse und das Recht auf Bildung in den Mittelpunkt – dazu gehören auch die Unterstützung von Schulen und Kitas bei der Organisation und Durchführung von Testungen sowie eine Abfrage bei allen städtischen Schulen und Kitas nach dem Bedarf an mobilen Luftfilteranlagen und die schnelle Anschaffung der von den Schulen als notwendig angesehenen Geräte.

- Abstimmung des JHA: - mit Mehrheit abgelehnt**
- Abstimmung des SchA: - mit großer Mehrheit abgelehnt**
- Abstimmung des SGA: - mit großer Mehrheit abgelehnt**
- Abstimmung des HWBA: - mit großer Mehrheit abgelehnt**

-.-.-

Beschluss:

Um einen neuen Punkt 6 wird die Drucksache 1354/2020-2025 wie folgt ergänzt:

Der Rat der Stadt Bielefeld befürwortet die Durchführung verpflichtender Test in den Schulen zum Schutz aller Schülerinnen und Schüler und hält diese Verpflichtung für angemessen, zielführend und zumutbar.

- Abstimmung des JHA: - mit großer Mehrheit abgelehnt**
- Abstimmung des SchA: - mit großer Mehrheit abgelehnt**
- Abstimmung des SGA: - mit großer Mehrheit abgelehnt**
- Abstimmung des HWBA: - mit großer Mehrheit abgelehnt**

-.-.-

Sodann ruft Herr Oberbürgermeister Clausen den Änderungsantrag der CDU Drs. 1451/2020-2025 zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld unterstützt die Verwaltung dabei, die Testangebote möglichst flächendeckend für alle Bielefelder*innen zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung wird gebeten beim Ausbau von Testangeboten Kanibalisierungseffekte zu vermeiden. Durch eine Werbekampagne und gezielte Ansprachen (mehrsprachig) wie z.B. in Moscheen, Großmärkten etc. soll erreicht werden, dass alle Bielefelder*innen den wöchentlichen Bürger*innentest wahrnehmen. Alle Unternehmen werden angehalten, ihren Mitarbeitenden ebenfalls mindestens einmal pro Woche einen Test anzubieten und durchzuführen.

- **Abstimmung des JHA:** - mit großer Mehrheit abgelehnt
- **Abstimmung des SchA:** - mit Mehrheit abgelehnt
- **Abstimmung des SGA:** - mit großer Mehrheit abgelehnt
- **Abstimmung des HWBA:** - mit Mehrheit abgelehnt

-.-.-

Herr Oberbürgermeister Clausen ruft den Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (Drs. 1354/2020-2025) in der durch den Änderungsantrag der FDP-Fraktion geänderten Fassung zur Abstimmung auf. Die CDU-Fraktion beantragt die Abstimmung einzelner Punkte. Die Anwesenden signalisieren ihr Einverständnis mit einer gemeinsamen Abstimmung der (neuen) Punkte 1, 2, 3, 4, 6 und 7 sowie in einer weiteren Abstimmung der (neuen) Punkte 5 und 8.

Abstimmung zu den Punkten 5 und 8 der Drs. 1354/2020-2025 in der geänderten Fassung ergeht folgender

Beschluss:

5. **Die Stadt als Arbeitgeberin sorgt für großzügige Regelungen für Eltern in Zeiten ohne oder mit eingeschränkten Betreuungsmöglichkeiten, damit Familien die Mehrfachbelastung von Berufstätigkeit, Kinderbetreuung und Homeschooling bewältigen können. Dabei steht das Kindeswohl im Vordergrund. Um Familien auch finanziell zu unterstützen sollen Differenzbeträge bei Inanspruchnahme von „Kinderkrankengeld“ ausgeglichen werden. Die Stadt wirbt für diesen Umgang auch bei Bielefelder Unternehmen.**

8. **Der Rat appelliert an Land und Bund, bei allen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie die Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien künftig mit einer höheren Aufmerksamkeit und Priorität zu versehen als bislang geschehen.**

- **Abstimmung des JHA:** - mit Mehrheit beschlossen
- **Abstimmung des SchA:** - mit Mehrheit beschlossen
- **Abstimmung des SGA:** - mehrheitlich beschlossen
- **Abstimmung des HWBA:** - einstimmig beschlossen

-.-.-

Sodann erfolgt die Abstimmung zu den Punkten 1, 2, 3, 4, 6 und 7 der Drs. 1354/2020-2025 in der geänderten Fassung.

Beschluss:

1. **Der Rat der Stadt unterstützt die Verwaltung bei der Durchführung von geeigneten Maßnahmen zur Senkung der Inzidenzzahlen. Ziel ist es, dauerhaft niedrige Inzidenzzahlen zu erreichen, um das Gesundheitssystem zu entlasten und zu einem weitgehend normalen Alltagsleben zurückkehren zu**

können. Dauerhaft niedrige Inzidenzzahlen sind die Voraussetzung für die Öffnungen von Schulen und Kitas aber auch für die Öffnung von Einzelhandel, Gastronomie, Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Neben den notwendigen Einschränkungen sollen dabei möglichst umfassende Testungen und vorrangig die beschleunigte Weiterführung der Impfkampagne im Vordergrund stehen.

2. Die Verwaltung setzt überall wo dies vom Tätigkeitsbereich möglich ist, konsequent Homeoffice um. Über die Inanspruchnahme („Homeofficequote“) wird in einer Sitzung des Finanz- und Personalausschusses berichtet. Die Verwaltung entwickelt beispielgebende Verfahren und Homeoffice-Umsetzungen, um deutlich höhere Anteile von Beschäftigten im Homeoffice zu beschäftigen als derzeit.
3. Der Rat der Stadt appelliert an alle Bielefelder Unternehmen, überall wo dies möglich ist, Homeoffice bzw. mobiles Arbeiten umzusetzen. Für die Umsetzung soll die WEGE Informationen und Hilfestellungen zu Verfügung stellen. Ziel muss es sein, dass diese Homeoffice-Regelungen bis zum Ende der Pandemie bestehen bleiben. Dabei soll auf eine geeignete Arbeitsplatzgestaltung geachtet und die arbeitsrechtlichen Regelungen eingehalten werden.
4. Der Rat der Stadt unterstützt die Verwaltung dabei, die Testangebote möglichst flächendeckend für alle Bielefelder*innen zur Verfügung zu stellen. Durch eine Werbekampagne und gezielte Ansprachen (mehrsprachig) soll erreicht werden, dass alle Bielefelder*innen den wöchentlichen Bürger*innentest wahrnehmen. Alle Unternehmen werden angehalten, ihren Mitarbeitenden ebenfalls mindestens einmal pro Woche einen Test anzubieten und durchzuführen.
6. Langfristig stellt die Stadt bei möglichen Öffnungsszenarien vor allem Kinder und Jugendliche und deren Bedürfnisse und das Recht auf Bildung in den Mittelpunkt – dazu gehören auch die Unterstützung von Schulen und Kitas bei der Organisation und Durchführung von Testungen. Die Stadt Bielefeld richtet zum schnellstmöglichen Zeitpunkt einen Modellversuch (zweimal pro Woche) an circa 20 Bielefelder Kitas ein. Die Verwaltung wird beauftragt in Abstimmung mit den teilnehmenden Kitas zu entscheiden, ob ein PCR- oder ein PoC-Lolli-Test verwendet werden soll. Die Kitas werden nach den Kriterien hohe Teilnahmebereitschaft der Eltern, hohe Betreuungsquote in der bedarfsgerechten Notbetreuung und Lage in den Stadtteilen mit hohen Inzidenzen ausgewählt. Die Verwaltung wird beauftragt im nächsten Jugendhilfeausschuss über den Stand des Projekts zu berichten.
7. Die Verwaltung wird gebeten im Rahmen der „Zukunftskonferenz Corona“ eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorzusehen, um diese in die Entwicklung von Perspektiven für die Zeit nach den pandemiebedingten Einschränkungen einzubeziehen.

- **Abstimmung des JHA:** - einstimmig beschlossen
- **Abstimmung des SchA:** - mit großer Mehrheit beschlossen
- **Abstimmung des SGA:** - mit großer Mehrheit beschlossen
- **Abstimmung des HWBA:** - mit großer Mehrheit beschlossen

-.-.-

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt fest, dass alle weiteren Anträge im gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, B90/Die Grünen, FDP, Die Linke, BN und LiB zusammengefasst seien und insofern nur dieser Antrag zu Abstimmung stehe.

Frau Oberbäumer (Die PARTEI) erinnert an den Änderungsantrag ihrer Gruppe zum gemeinsamen Antrag und bittet um Abstimmung.

Text des Änderungsantrages:

Der gemeinsame Antrag wird um einen weiteren Punkt ergänzt:

„Die Stadt Bielefeld bekennt sich dazu, eine vielfältige und bunte Stadt zu sein, so dass es für die Stadt Bielefeld selbstverständlich ist, mehrsprachig und leicht zugänglich Informationen zu allen wichtigen Themen zur Verfügung zu stellen.“

Zunächst erfolgt die Abstimmung zum Änderungsantrag von Die PARTEI.

Beschluss:

Der gemeinsame Antrag wird um einen weiteren Punkt ergänzt:

„Die Stadt Bielefeld bekennt sich dazu, eine vielfältige und bunte Stadt zu sein, so dass es für die Stadt Bielefeld selbstverständlich ist, mehrsprachig und leicht zugänglich Informationen zu allen wichtigen Themen zur Verfügung zu stellen.“

- **Abstimmung des JHA:** - mehrheitlich abgelehnt
- **Abstimmung des SchA:** - mit großer Mehrheit abgelehnt
- **Abstimmung des SGA:** - mit großer Mehrheit abgelehnt
- **Abstimmung des HWBA:** - mit großer Mehrheit abgelehnt

-.-.-

Sodann erfolgt die Abstimmung zum gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, B90/Die Grünen, FDP, Die Linke, BN und LiB.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in geeigneter Weise Informationen zur Pandemie (z.B. Schwere der Erkrankung, Infektionswege, Hygiene- und Quarantäneregeln) in den besonders schwer vom aktuellen Infektionsgeschehen betroffenen statistischen Bezirken zu verbreiten. Dabei ist auf leicht verständliche Sprache und auf Mehrsprachigkeit zu achten. Der Integrationsrat, Migrantenselbstorganisationen, Glaubensgemeinschaften sowie Vereine und Ver-

einigungen vor Ort sind hierbei einzubeziehen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt kurzfristig zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen der Einsatz eines Impfmobils in Bielefeld zum Zwecke der Impfung direkt in den Quartieren, möglich ist. Bei positiver Prüfung wird die Verwaltung gebeten, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

- **Abstimmung des JHA:** - einstimmig beschlossen
- **Abstimmung des SchA:** - mit großer Mehrheit beschlossen
- **Abstimmung des SGA:** - mit großer Mehrheit beschlossen
- **Abstimmung des HWBA:** - mit großer Mehrheit beschlossen

-.-.-

Oberbürgermeister Clausen
Vorsitz HWBA
Sitzungsleitung

Weißefeld
Vorsitz JHA

Bürgermeister Rüter
Vorsitz SchA

Gorsler
Vorsitz SGA

Grewel
Schriftführung